



Zukunft der Demokratie | 03.2019

Gesamtdeutsche Konfliktlinie oder neue Ost-West-Spaltung?

„Tickt“ der Osten anders? Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Thüringen, Brandenburg und Sachsen scheinen das zu belegen. Aber sie spiegeln vor allem neue gesellschaftliche Konfliktlinien, die in Ost- und Westdeutschland sehr ähnlich verlaufen. Das gilt auch für die Wahlergebnisse der AfD.

Dreißig Jahre nach dem Fall der Mauer wird Bilanz gezogen: Wie viel Einheit ist gelungen? Wie viel Ost-West-Spaltung ist geblieben oder kehrt zurück? Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Thüringen, Brandenburg und Sachsen scheinen zu belegen: Der Osten tickt anders! Und er wählt auch anders! Aber was steckt dahinter? Stimmt die Interpretation und Zuschreibung der unterschiedlichen Wahlergebnisse als Ost-West-Spaltung?

Die vorliegende Analyse zeigt für die Wahlergebnisse der AfD das Gegenteil: Nicht regionale Herkunft, sondern soziale Milieus und Lebenslagen prägen die Wahlentscheidung. Die Wahlerfolge der Rechtspopulisten verlaufen auch in Deutschland entlang einer neuen gesellschaftlichen Konfliktlinie zwischen Modernisierungsskeptikern und Modernisierungsbefürwortern. Die modernisierungsskeptischen Milieus

sehen sich sozial, ökonomisch und kulturell als Verlierer gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse, fühlen sich von der etablierten Politik nicht mehr hinreichend repräsentiert, sind unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie, verlieren ihr Vertrauen in die demokratischen Institutionen und wenden sich von den etablierten Parteien ab. Die Milieus der Modernisierungsbefürworter empfinden genau das als eine Gefährdung von Demokratie und gesellschaftlichem Fortschritt. Die sich daraus ergebende neue, das Land stark polarisierende Konfliktlinie verläuft aber nicht zwischen Ost- und Westdeutschland, sondern diagonal durch die gesamte Gesellschaft. Sie ist eine gesamtgesellschaftliche und damit auch gesamtdeutsche Konfliktlinie, und folgt in Ost- und Westdeutschland sehr ähnlichen soziokulturellen Mustern. Dreißig Jahre nach dem Mauerfall sind die Deutschen sich also ähnlicher als viele glauben – auch an der Wahlurne!

„Lega Ost“ oder gesamtdeutsche Milieupartei?

Die Landtagswahlergebnisse der AfD in Thüringen (23,4 Prozent), Brandenburg (23,5 Prozent) und Sachsen (27,5 Prozent) lassen die Rechtspopulisten wie eine ostdeutsche Regionalpartei aussehen. Schon bei der Bundestagswahl fiel ihr Ergebnis in Ostdeutschland (21,9 Prozent) etwa doppelt so hoch aus wie in Westdeutschland (10,7 Prozent). Dieses, bereits bei der Bundestagswahl 2017 erreichte Niveau, konnte die AfD bei den drei ostdeutschen Landtagswahlen in diesem Jahr verteidigen.

Wird die AfD damit zu einer ostdeutschen Regionalpartei? Zu einer Art „Lega Ost“?

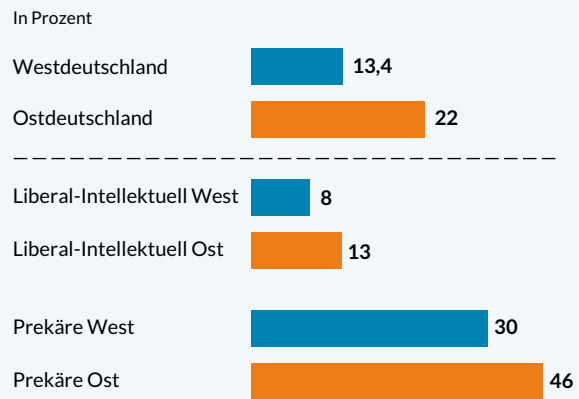
Dagegen sprechen zunächst die schieren Größenverhältnisse der Wählerpotentiale in Ost- und Westdeutschland: Bei der Landtagswahl in Thüringen haben lediglich 0,4 Prozent aller in Deutschland Wahlberechtigten die AfD gewählt. Bei allen drei ostdeutschen Wahlen zusammen waren es 1,9 Prozent. Hinter den hohen Anteilswerten der AfD steht also nur ein relativ kleiner Anteil aller in Deutschland Wahlberechtigten. Um als reine Regionalpartei Ost die gesamtdeutsche 5%-Hürde zu schaffen, müsste die AfD in Ostdeutschland dauerhaft mehr als 25 Prozent der Stimmen holen. Und trotz ihrer in Ostdeutschland doppelt so hohen Wahlergebnisse, lag und liegt der Anteil der Ostdeutschen an allen AfD-Wählern bis heute bei weniger als einem Drittel.

Die AfD ist also bis auf Weiteres keine „Lega Ost“, sondern ein gesamtdeutsches Phänomen.

Das zeigt auch die Milieuanalyse (Abb. Seite 2): Viel größer als die regionalen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, sind die Unterschiede zwischen den sozialen Milieus. Während die Wahlabsichten zugunsten der AfD in Ostdeutschland mit 22 Prozent um etwas mehr als die Hälfte über den AfD-Wahlabsichten in Westdeutschland (13,4 Prozent) liegen, entscheiden sich Wähler aus dem sozial Prekären Milieu in Ost- und Westdeutschland etwa viermal so häufig für die AfD wie Wähler aus dem Milieu der Liberal-Intellektuellen. In diesem modernisierungsbefürwortenden Milieu der Liberal-Intellektuellen wählen in Ost- und Westdeutschland jeweils nur etwa halb so viele Wähler die AfD wie im Durchschnitt aller Wähler. Im modernisierungsskeptischen Milieu der sozial Prekären sind es dagegen mehr als doppelt so viele.

Zwar zeigen sich die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland auch in der Milieuanalyse der Wahlergebnisse. Die Unterschiede zwischen den Milieus sind jedoch um ein Vielfaches stärker ausgeprägt als zwischen Ost und West.

„Wahlabsicht für die AfD“



Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

KURZ ERKLÄRT: Ist die AfD eine Art „Lega Ost“? Ihre Wahlergebnisse der drei ostdeutschen Landtagswahlen in Thüringen (23,4 Prozent), Brandenburg (23,5 Prozent) und Sachsen (27,5 Prozent) suggerieren das. Im Bürgerpanel des *Demokratie-monitor* liegt die AfD in Ostdeutschland bei 22 Prozent und in Westdeutschland bei 13,4 Prozent. Die Unterschiede zwischen den gesellschaftlichen Milieus sind jedoch um ein Vielfaches größer als die regionalen Ost-West-Unterschiede. Während sich im modernisierungsoptimistischen Milieu der Liberal-Intellektuellen in Westdeutschland nur 8 Prozent und in Ostdeutschland nur 13 Prozent für die AfD entscheiden, sind es im modernisierungsskeptischen Milieu der sozial Prekären im Westen 30 Prozent und im Osten 46 Prozent. Das zeigt: Nicht „die“ Ostdeutschen wählen anders als „die“ Westdeutschen, sondern es sind dieselben gesellschaftlichen Milieus, die in Ost- und Westdeutschland überdurchschnittlich häufig die rechtspopulistische AfD wählen.

Die AfD als modernisierungsskeptische Milieupartei

Die Milieuanalyse zeigt die AfD auch in Ostdeutschland vor allem als eine Partei der modernisierungsskeptischen Milieus (Abb. Seite 3): Etwa zwei Drittel ihrer Wähler gehören einem der eher modernisierungsskeptischen sozialen Milieus an. Wie in Westdeutschland, hat sie damit auch in Ostdeutschland ein parteipolitisches Alleinstellungsmerkmal:

Als einzige Partei wird sie weit mehrheitlich von Menschen aus den modernisierungsskeptischen Milieus unterhalb der diagonal durch die sozialen Milieus verlaufenden gesellschaftlichen Konfliktlinie gewählt. Dazu gehören neben dem Milieu der sozial

EINWURF

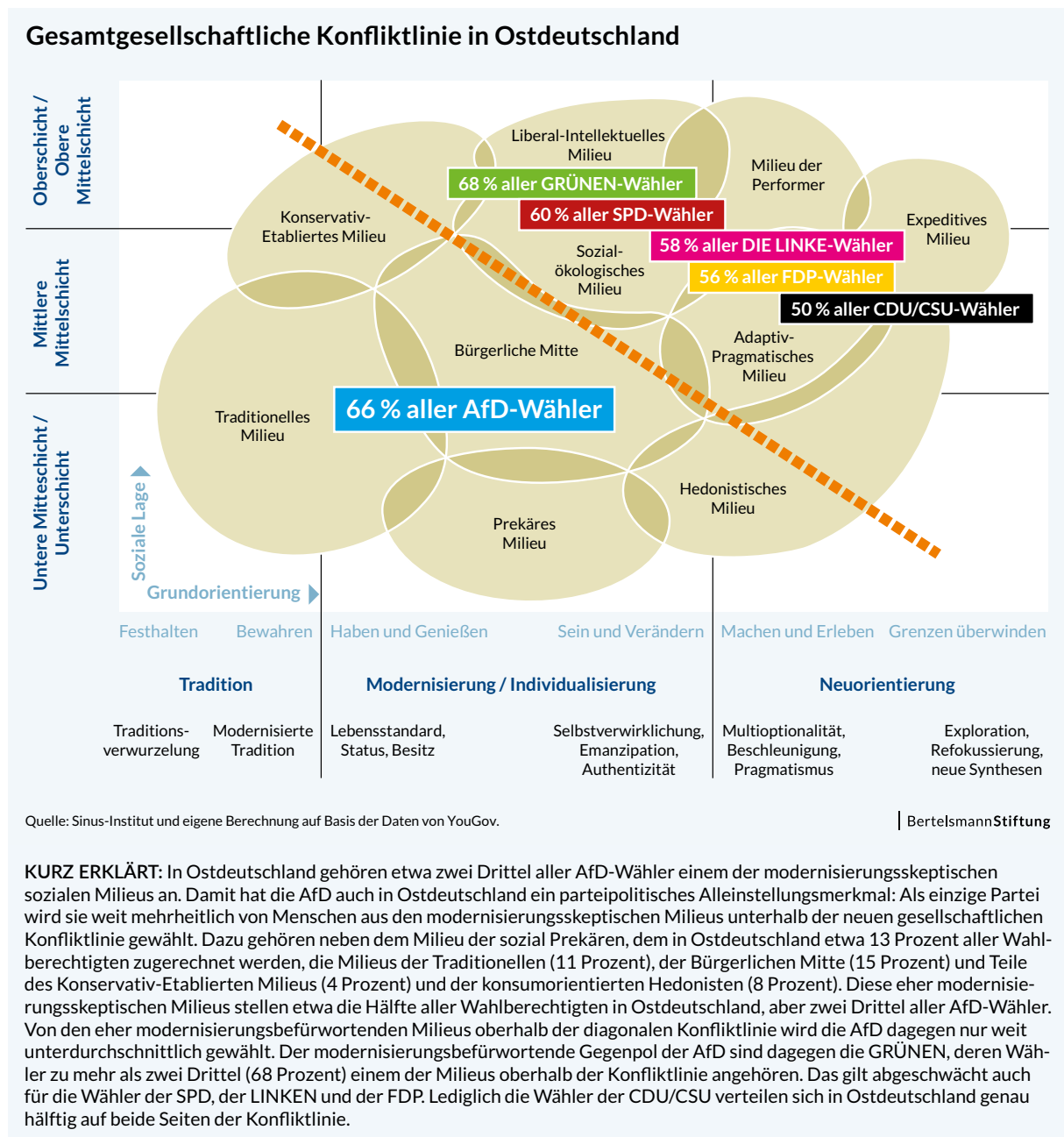
Prekären, dem in Ostdeutschland etwa 13 Prozent aller Wahlberechtigten zugerechnet werden, die Milieus der Traditionellen (11 Prozent), der Bürgerlichen Mitte (15 Prozent) und Teile des Konservativ-Etablierten Milieus (4 Prozent) und der konsumorientierten Hedonisten (8 Prozent). Diese eher modernisierungsskeptischen Milieus stellen etwa die Hälfte aller Wahlberechtigten in Ostdeutschland, aber zwei Drittel aller AfD-Wähler.

Von den eher modernisierungsbefürwortenden Milieus oberhalb der diagonalen Konfliktlinie wird die AfD dagegen nur weit unterdurchschnittlich gewählt. Der

modernisierungsbefürwortende Gegenpol der AfD sind dagegen die GRÜNEN, deren Wähler zu mehr als zwei Drittel (68 Prozent) einem der Milieus oberhalb der Konfliktlinie angehören. Das gilt abgeschwächt auch für die Wähler der SPD, der LINKEN und der FDP. Lediglich die Wähler der CDU/CSU verteilen sich in Ostdeutschland genau hälftig auf beide Seiten der Konfliktlinie.

Ähnliche Wahlmilieumuster in Ost- und West

Die hier für das Jahr 2019 ermittelte ostdeutsche Konfliktlinie zwischen Modernisierungsskeptikern und -befürwortern, entspricht sehr weitgehend der



KURZ ERKLÄRT: In Ostdeutschland gehören etwa zwei Drittel aller AfD-Wähler einem der modernisierungsskeptischen sozialen Milieus an. Damit hat die AfD auch in Ostdeutschland ein parteipolitisches Alleinstellungsmerkmal: Als einzige Partei wird sie weit mehrheitlich von Menschen aus den modernisierungsskeptischen Milieus unterhalb der neuen gesellschaftlichen Konfliktlinie gewählt. Dazu gehören neben dem Milieu der sozial Prekären, dem in Ostdeutschland etwa 13 Prozent aller Wahlberechtigten zugerechnet werden, die Milieus der Traditionellen (11 Prozent), der Bürgerlichen Mitte (15 Prozent) und Teile des Konservativ-Etablierten Milieus (4 Prozent) und der konsumorientierten Hedonisten (8 Prozent). Diese eher modernisierungsskeptischen Milieus stellen etwa die Hälfte aller Wahlberechtigten in Ostdeutschland, aber zwei Drittel aller AfD-Wähler. Von den eher modernisierungsbefürwortenden Milieus oberhalb der diagonalen Konfliktlinie wird die AfD dagegen nur weit unterdurchschnittlich gewählt. Der modernisierungsbefürwortende Gegenpol der AfD sind dagegen die GRÜNEN, deren Wähler zu mehr als zwei Drittel (68 Prozent) einem der Milieus oberhalb der Konfliktlinie angehören. Das gilt abgeschwächt auch für die Wähler der SPD, der LINKEN und der FDP. Lediglich die Wähler der CDU/CSU verteilen sich in Ostdeutschland genau hälftig auf beide Seiten der Konfliktlinie.

für die Bundestagswahl 2017 ermittelten gesamtdeutschen Konfliktlinie (Vehrkamp/Wegschaider, 2017, S. 15). Das gilt auch für die Wählermilieus der AfD. Die beiden stärksten AfD-Wählermilieus sind in Ost- und Westdeutschland – wie schon bei der Bundestagswahl 2017 – das Prekäre Milieu und die Bürgerliche Mitte.

Im sozial Prekären Milieu liegt die vorhergesagte Wahlwahrscheinlichkeit eines Wahlberechtigten zugunsten der AfD in Ostdeutschland bei deutlich

“Soziale Lagen erklären die Wahlergebnisse besser als regionale Herkunft.”

überdurchschnittlichen 44,2 Prozent, und in Westdeutschland bei 32,3 Prozent. In der Bürgerlichen Mitte liegt die AfD-Wahlwahrscheinlichkeit bei 35,3 Prozent, und in Westdeutschland bei ebenfalls noch deutlich überdurchschnittlichen 19,3 Prozent.

Demgegenüber liegt die Wahlwahrscheinlichkeit für die AfD im Liberal-Intellektuellen Milieu bei deutlich unterdurchschnittlichen 12,4 Prozent im Osten und 8,1 Prozent im Westen. Ähnlich unterdurchschnittlich zeigt sich die AfD-Wahlwahrscheinlichkeit im modernisierungsoptimistischen Milieu der Performer mit 15,2 Prozent im Osten und 9,9 Prozent im Westen.

Diese Milieumuster zeigen: Die typischen Wähler- und Nichtwählermilieus der AfD sind in Ost- und Westdeutschland dieselben. Gleichzeitig sind die Unterschiede zwischen den Milieus um ein Vielfaches größer und dominanter als die Unterschiede zwischen Ost und West. Und: Die verbleibenden Ost-West-Unterschiede in den Wahlergebnissen der AfD erklären sich fast vollständig aus der unterschiedlichen

Stärke der jeweiligen Milieus in Ost- und Westdeutschland, und vor allem einem jeweils milieuspezifischen Verdichtungs- und Verstärkungseffekt:

- Zum einen sind die typischen AfD-Wählermilieus in Ostdeutschland quantitativ stärker vertreten als in Westdeutschland. So stellt das Prekäre Milieu im Osten derzeit etwa 13 Prozent (Westdeutschland: 8 Prozent) und die Bürgerliche Mitte 15 Prozent aller Wahlberechtigten (Westdeutschland: 12 Prozent). Gleichzeitig werden in Ostdeutschland nur etwa 6 Prozent aller Wahlberechtigten den eher modernisierungsoptimistischen und AfD-kritischen Milieus der Liberal-Intellektuellen (Westdeutschland: 8 Prozent) und der Expositiven (6 Prozent in Ostdeutschland und 9 Prozent in Westdeutschland) zugerechnet.
- Zum anderen wirkt qualitativ noch sehr viel stärker ein milieuspezifischer Verdichtungs- und Verstärkungseffekt: Je stärker und räumlich konzentrierter die modernisierungskritischen AfD-Milieus der Prekären und der Bürgerlichen Mitte in Ostdeutschland vorkommen, umso höher fällt auch das Wahlergebnis der AfD aus. Die soziale Verdichtung führt hier ganz offensichtlich auch zu einer stärkeren Normalisierung und erhöhten sozialen Akzeptanz einer Stimmabgabe für die rechtspopulistische AfD.

Zusammengenommen können diese beiden Effekte der quantitativen und qualitativen Milieuverdichtung des sozial Prekären Milieus und der Bürgerlichen Mitte die etwa doppelt so hohen Wahlergebnisse der AfD in Ostdeutschland fast vollständig erklären. Die AfD erzielt also in Ostdeutschland vor allem deshalb deutlich höhere Wahlergebnisse als im Westen, weil ihre Kernwählermilieus im Osten stärker vertreten sind, und aufgrund ihrer Verdichtung sich auch noch stärker für die AfD entscheiden. Es sind aber dieselben modernisierungsskeptischen Milieus, die in Ost- und Westdeutschland die AfD wählen, sie kommen in Ostdeutschland nur häufiger und verdichteter vor.

Im Gesamtbild zeigt sich: Soziale Lagen und milieuspezifische soziokulturelle Einstellungen und Prägnanzen erklären die unterschiedlichen Wahlergebnisse zwischen Ost- und Westdeutschland sehr viel besser, als rein regionale Ost-West-Unterschiede.

Quellenverweis:

Bei diesem EINWURF handelt es sich um eine Publikation im Rahmen des *Demokratiemonitor*. Der *Demokratiemonitor* ist ein Gemeinschaftsprojekt der Bertelsmann Stiftung und des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

Dem *Demokratiemonitor* und der vorliegenden Analyse liegt eine repräsentative Online-Umfrage zu politischen Einstellungen zugrunde. Die Stichprobe der Umfrage ist repräsentativ für die Wohnbevölkerung in Deutschland. Die Umfrage wurde im Auftrag der Bertelsmann Stiftung von der YouGov Deutschland GmbH in drei Befragungswellen zwischen Mai und Juli 2019 durchgeführt. Die Stichprobengröße beträgt circa 10.000 Befragte pro Welle.

Aufgrund der besseren Lesbarkeit wurde die weibliche Sprachform nicht immer angeführt. In diesen Fällen gilt die männliche Sprachform gleichermaßen für alle Geschlechter.

Konfliktlinie (I): Vertrauen in den Deutschen Bundestag

Ähnliche soziale Lagen führen zu ähnlichen sozio-kulturellen Einstellungsmustern und ähnlichem Wahlverhalten – in Ost- ebenso wie in Westdeutschland! Das zeigen exemplarisch auch die folgenden milieuspezifischen Einstellungen zum Funktionieren der Demokratie, zum Vertrauen in den Deutschen Bundestag und zur Demokratie als bestem politischem System. Vertrauen in die Demokratie setzt Vertrauen in ihre Institutionen voraus. Deren Vertrauenswerte sind noch wichtiger für die Stabilität einer Demokratie, als die viel häufiger zitierten Vertrauenswerte in ihre Akteure. Ihre Akteure können in einem demokratischen Prozess ausgetauscht werden. Nicht gänzlich austauschbar und deutlich schwieriger veränderbar sind dagegen ihre zentralen Institutionen. Die Vertrauenswerte gegenüber dem Deutschen Bundestag sind deshalb ein wichtiger Pfeiler des Vertrauens in die Demokratie, in ihr Funktionieren und ihre Legitimität als bestes politisches System.

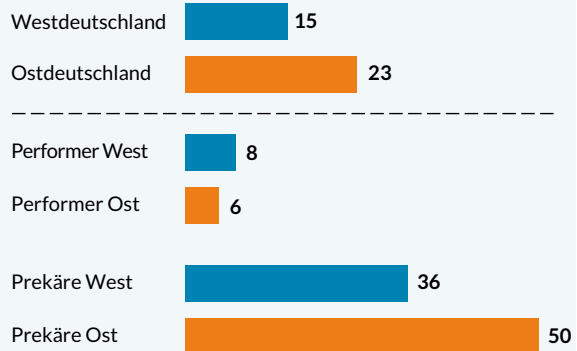
Auch wenn eine Mehrheit der Deutschen dem Deutschen Bundestag zumindest eher vertraut als misstraut, stimmen in Westdeutschland immerhin 15 Prozent aller Wahlberechtigten, und in Ostdeutschland sogar ein knappes Viertel (23 Prozent) der Aussage „ich vertraue dem Deutschen Bundestag überhaupt nicht“ zu. Oberflächlich betrachtet, legt das zunächst nahe – wie bei den Wahlabsichten zugunsten der AfD – von einem signifikanten Ost-West-Unterschied zu sprechen, und daraus vorschnell abzuleiten, „alle“ Ostdeutschen hätten weniger Vertrauen in den Deutschen Bundestag als „alle“ Westdeutschen.

In der Milieuanalyse zeigt sich jedoch, dass es in Ost- und in Westdeutschland einige soziale Milieus gibt, in denen fast jeder dem Bundestag zumindest eher vertraut als misstraut, während gleichzeitig in anderen sozialen Milieus das Misstrauen gegenüber dem Parlament um ein Vielfaches stärker ausgeprägt ist als im Durchschnitt aller Milieus. Exemplarisch zeigen das die Vertrauenswerte des modernisierungsskeptischen Milieus der sozial Prekären und des modernisierungsoptimistischen Milieus der Performer: Während in Ostdeutschland (6 Prozent) und in Westdeutschland (8 Prozent) nur eine jeweils kleine Minderheit dem Bundestag „überhaupt nicht“ vertraut, und die Werte der ostdeutschen Performer sogar noch einmal leicht besser ausfallen als die der westdeutschen, zeigt sich das sozial Prekäre Milieu

in Ost- und in Westdeutschland um ein Vielfaches misstrauischer. In Westdeutschland vertraut mehr als ein Drittel (36 Prozent) aller Wahlberechtigten aus dem sozial Prekären Milieu dem Bundestag

„Vertraue dem Bundestag überhaupt nicht“

In Prozent



Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

KURZ ERKLÄRT: In Westdeutschland stimmen 15 Prozent aller Wahlberechtigten, und in Ostdeutschland sogar ein knappes Viertel (23 Prozent) der Aussage „ich vertraue dem Deutschen Bundestag überhaupt nicht“ zu. Haben „die“ Ostdeutschen also weniger Vertrauen in den Deutschen Bundestag als „die“ Westdeutschen? Die Milieuanalyse zeigt, dass es in Ost- und in Westdeutschland soziale Milieus gibt, in denen fast jeder dem Bundestag vertraut (Performer), während gleichzeitig in anderen sozialen Milieus das Misstrauen gegenüber dem Parlament um ein Vielfaches stärker ausgeprägt ist (Prekäres Milieu). Nicht „die“ Ostdeutschen misstrauen dem Bundestag stärker als „die“ Westdeutschen, sondern die modernisierungsskeptischen Milieus unterhalb der neuen gesellschaftlichen Konfliktlinie misstrauen dem Bundestag stärker als die Milieus der Modernisierungsbefürworter und -treiber oberhalb der Konfliktlinie.

„überhaupt nicht“, und in Ostdeutschland sogar jeder Zweite (50 Prozent).

Sowohl das Niveau, wie auch die Ost-West-Unterschiede der Misstrauenswerte gegenüber dem Bundestag erklären sich also aus den Milieuzugehörigkeiten. Nicht „die“ Ostdeutschen misstrauen dem Bundestag stärker als „die“ Westdeutschen, sondern die modernisierungsskeptischen Milieus unterhalb der neuen gesellschaftlichen Konfliktlinie misstrauen dem Bundestag stärker als die Milieus der Modernisierungsbefürworter und -treiber oberhalb der Konfliktlinie. Und weil diese Milieus in Ostdeutschland häufiger und verdichteter vorkommen als in Westdeutschland, ist auch das Niveau des Misstrauens in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland.

Konfliktlinie (II): Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie

Repräsentationslücken erzeugen eine wachsende Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, und begünstigen das Wählen populistischer Parteien, zu deren definitorischem Markenkern ihre Kritik am Funktionieren der Demokratie gehört. Auch in Deutschland ist die Unzufriedenheit mit der Demokratie bei AfD-Wählern mit Abstand am stärksten ausgeprägt. Nur Nichtwähler sind noch unzufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie.

Im Ost-West-Vergleich zeigt sich, dass die Ostdeutschen zwar im Durchschnitt deutlich unzufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie sind als die Wahlberechtigten in Westdeutschland. Während in Westdeutschland nur 8 Prozent aller Wahlberechtigten meinen, die Demokratie funktioniere „überhaupt nicht“, sagen das in Ostdeutschland 14 Prozent, also fast doppelt so viele.

Aber warum ist das so?

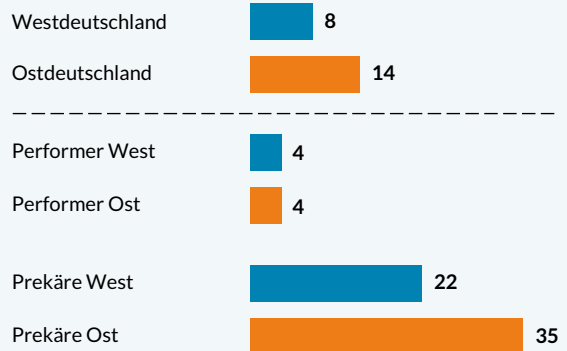
Sind die Menschen in Ostdeutschland deshalb unzufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie, weil sie Ostdeutsche sind? Oder erweist sich auch hier die soziokulturelle Milieuzugehörigkeit als der dominanterer Erklärungsfaktor?

In der Milieubetrachtung zeigen sich auch die Zufriedenheitsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sehr viel weniger regional determiniert, und sehr viel stärker getrieben durch die Zufriedenheitsunterschiede zwischen den sozialen Milieus. Das modernisierungsoptimistische Milieu der Performer ist in Ost- und Westdeutschland sogar genau gleich zufrieden, bzw. genau gleich wenig unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie: Nur jeweils 4 Prozent der Wahlberechtigten der Performer in Ost- wie in Westdeutschland meinen, die Demokratie in Deutschland funktioniere „überhaupt nicht“. Demgegenüber meinen das fast ein Viertel (22 Prozent) aller Wahlberechtigten aus dem sozial Prekären Milieu in Westdeutschland, und sogar mehr als ein Drittel (35 Prozent) aus dem sozial Prekären Milieu in Ostdeutschland. Wird zusätzlich berücksichtigt, dass das sozial Prekäre Milieu in Ostdeutschland deutlich stärker vertreten ist als in Westdeutschland, zeigt sich:

Nicht „die“ Ostdeutschen sind unzufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie als „die“ Westdeutschen, sondern die modernisierungsskeptischen Milieus unterhalb der gesamtgesellschaftlichen Konfliktlinie sind um ein Vielfaches unzufriedener als

„Demokratie funktioniert überhaupt nicht“

In Prozent



Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

KURZ ERKLÄRT: Während in Westdeutschland nur 8 Prozent aller Wahlberechtigten meinen, die Demokratie funktioniere „überhaupt nicht“, sagen das in Ostdeutschland 14 Prozent. Aber: Nur jeweils 4 Prozent der Wahlberechtigten der Performer meinen das, während fast ein Viertel (22 Prozent) aus dem sozial Prekären Milieu West, und sogar mehr als ein Drittel (35 Prozent) aus dem sozial Prekären Milieu Ost das sagen. Das zeigt: Nicht „die“ Ostdeutschen sind unzufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie als „die“ Westdeutschen, sondern die modernisierungsskeptischen Milieus sind unterhalb der gesamtgesellschaftlichen Konfliktlinie deutlich unzufriedener als die modernisierungsoptimistischen Milieus oberhalb der Konfliktlinie. Die Mauer zwischen den Zufriedenen und Unzufriedenen verläuft also nicht zwischen Ost und West, sondern als diagonale Konfliktlinie quer durch die sozialen Milieus der gesamtdeutschen Gesellschaft.

die modernisierungsoptimistischen Milieus oberhalb der Konfliktlinie. Und die Verdichtung dieser Milieus in Ostdeutschland steigert noch zusätzlich das Niveau ihrer Unzufriedenheit. Es sind aber dieselben Milieus, sozialen Lagen und die daraus folgenden soziokulturellen Einstellungen die zu der Unzufriedenheit führen und sich in ihr dokumentieren.

Die Mauer zwischen den mit dem Funktionieren der Demokratie Zufriedenen und Unzufriedenen verläuft also nicht zwischen Ost- und Westdeutschland, sondern als diagonale Konfliktlinie quer durch die sozialen Milieus der gesamtdeutschen Gesellschaft.

Konfliktlinie (III): Demokratie als bestes politisches System

Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei der generellen Einstellung gegenüber der Demokratie als bestes politisches System. Für die Legitimität der Demokratie ist ihre Akzeptanz als bestes politisches System sogar noch wichtiger als die Zufriedenheit mit ihrem Funktionieren. Funktionsdefizite können, müssen aber nicht zu systemischen Legitimitätsdefiziten führen. Solange nur die Performanz der Demokratie kritisiert wird, nicht aber ihre Legitimität als System, bleibt die Demokratie als System stabil. Delegitimieren die Funktionsdefizite auch das System, wird es gefährlich.

Der Aussage „die Demokratie ist das beste politische System“ stimmt in Deutschland fast niemand „überhaupt nicht zu“. Insofern ist die Intensität der Systemkritik deutlich geringer als bei der Funktionskritik. Dennoch stimmen in Westdeutschland 8 Prozent und in Ostdeutschland sogar 14 Prozent aller Wahlberechtigten der Aussage auch nicht explizit zu, sondern verorten sich auf einer Meinungsskala von 1 („stimme überhaupt nicht zu“) bis 7 („stimme vollständig zu“) in der unteren Hälfte der Skala bei den Werten 1-3.

Wie schon bei der Funktionskritik, zeigt sich aber auch bei der Systemkritik als eigentlich erklärender Faktor nicht die regionale Ost-West-Unterscheidung, sondern erneut die Milieuzugehörigkeit: Während sich im modernisierungsoptimistischen Milieu der Performer nur 4 Prozent in Westdeutschland und 5 Prozent aller Wahlberechtigten in Ostdeutschland systemkritisch zeigen, liegen die Werte im modernisierungsskeptischen Milieu der sozial Prekären um ein Vielfaches höher. Bei den Prekären in Westdeutschland sieht immerhin ein knappes Fünftel (18 Prozent) die Demokratie auch als System eher kritisch. In Ostdeutschland sehen das sogar ein Viertel aller Wahlberechtigten (25 Prozent) so.

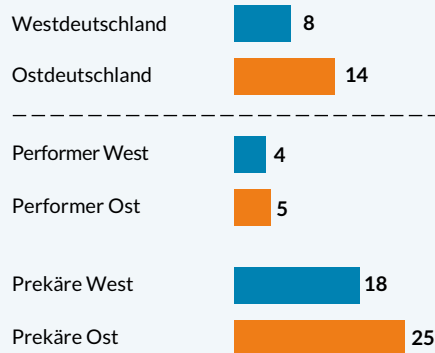
Auch die Systemkritik an der Demokratie zeigt sich damit weniger als ein spezifisch ost- oder westdeutsches Phänomen, sondern als das Ergebnis spezifischer sozialer Lagen und mit ihnen verbundener Einstellungsmuster. Nicht „die“ Ostdeutschen sind systemkritischer gegenüber der Demokratie als „die“ Westdeutschen, sondern die modernisierungsskeptischen Milieus stellen die Demokratie auch als politisches System um ein Vielfaches

häufiger in Frage, als die modernisierungsoptimistischen Milieus.

Erneut verläuft die neue Konfliktlinie der Demokratie nicht entlang der alten Mauer zwischen

„Demokratie ist nicht das beste politische System“

In Prozent



Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

KURZ ERKLÄRT: In Westdeutschland stimmen 8 Prozent und in Ostdeutschland sogar 14 Prozent aller Wahlberechtigten der Aussage „die Demokratie ist das beste politische System“ nicht zu. Aber: Während sich im modernisierungsoptimistischen Milieu der Performer nur 4 Prozent in Westdeutschland und 5 Prozent in Ostdeutschland systemkritisch zeigen, liegen die Werte im modernisierungsskeptischen Milieu der sozial Prekären um ein Vielfaches höher: Bei 18 Prozent im Westen und 25 Prozent im Osten. Das zeigt: Nicht „die“ Ostdeutschen sind systemkritischer gegenüber der Demokratie als „die“ Westdeutschen, sondern die modernisierungsskeptischen Milieus stellen die Demokratie auch als politisches System um ein Vielfaches häufiger in Frage, als die modernisierungsoptimistischen Milieus. Die neue Konfliktlinie der Demokratie verläuft also nicht entlang der alten Mauer zwischen Ost- und Westdeutschland, sondern diagonal durch die gesamtdeutsche Gesellschaft.

Ost- und Westdeutschland, sondern diagonal durch die gesamtdeutsche Gesellschaft.

Wer sich um die Systemakzeptanz der Demokratie sorgt, sollte sich also um die soziale Lage der Menschen in den modernisierungsskeptischen Milieus bemühen. Die fühlen sich sozio-ökonomisch und/oder kulturell abgehängt, und als die Verlierer gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse. Diese Modernisierungsprozesse werden aber wiederum gerade von den Milieus der Modernisierungsbefürworter oberhalb der Konfliktlinie gestaltet und getrieben. Und es sind vor allem diese Milieus, die in ihrer Selbstwahrnehmung am stärksten davon profitieren.

Gesamtgesellschaftliche Konfliktlinie statt neuer Ost-West-Spaltung!

Die Wahlergebnisse in Thüringen scheinen es erneut zu bestätigen: So sind sie eben, die „Ossis“! Viele Interpretationen und Kommentare am Wahlabend haben das zwar nicht explizit so formuliert, liefen aber darauf hinaus: Die LINKE als stärkste Partei, die AfD mit knapp 24 Prozent, und die etablierten Parteien aus der politischen Mitte der alten westdeutschen Demokratie zusammengerechnet bei weniger als 50 Prozent, und damit noch nicht einmal als übergroße Viererkoalition mehrheitsfähig.

Dreißig Jahre nach dem Fall der Mauer scheint deshalb noch immer zu gelten: Die Ostdeutschen „ticken“ eben anders, denken anders, und wählen deshalb auch anders. Aber wirklich „weil“ sie Ostdeutsche sind? Wählen „die“ Ostdeutschen wirklich anders als „die“ Westdeutschen? Die vorliegende Milieuanalyse zeigt: Nicht „die“ Ostdeutschen wählen anders als „die“ Westdeutschen, sondern es sind dieselben gesellschaftlichen Milieus, die in Ost- und Westdeutschland überdurchschnittlich häufig die rechtspopulistische AfD wählen, den Institutionen unserer Demokratie misstrauen, ihr Funktionieren kritisieren und ihre Legitimität als bestes politisches System in Frage stellen.

Nicht eine neue Mauer zwischen Ost- und Westdeutschland, sondern eine neue gesamtgesellschaftliche Konfliktlinie erklärt auch die Unterschiede zwischen Ost und West. Sie verläuft diagonal durch die gesellschaftlichen Milieus und spaltet die Milieus der Modernisierungsskeptiker von den Milieus der Modernisierungsbefürworter.

Das bedeutet: Ähnliche soziale Lagen führen in Ost- und in Westdeutschland zu ähnlichen soziokulturellen Einstellungen und Ressentiments, und sie prägen auch das Wahlverhalten in sehr ähnlichen Mustern. Soziale und kulturelle Abwertungs- und Deklassierungserfahrungen, das Gefühl abgehängt und von den Parteien nicht hinreichend repräsentiert zu werden, führen zu Demokratiekritik, Wahlenthaltung und/oder zur Wahl populistischer Parteien und Politiker. Wer sich also um den Zustand der Demokratie in Deutschland sorgt, muss und sollte dafür keine neue Ost-West-Spaltung bemühen, oder sie – dreißig Jahre nach dem Fall der Mauer – gar leichtfertig herbeireden. Die Transformationserfahrungen der modernisierungskritischen Milieus in Ostdeutschland sind den Globalisierungserfahrungen derselben Milieus im westdeutschen Ruhrgebiet sehr ähnlich. Dreißig Jahre nach dem Fall der Mauer sind wir uns in West- und Ostdeutschland jedenfalls viel ähnlicher als wir manchmal glauben – auch an der Wahlurne!

Autor:



Dr. Robert Vehrkamp
robert.vehrkamp@bertelsmann-stiftung.de
Tel. +49 5241 81 81526

Robert Vehrkamp ist Senior Advisor im Programm „Zukunft der Demokratie“ der Bertelsmann Stiftung und derzeit Gastwissenschaftler der Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

Weiterführende Literatur:

Kaltwasser, Cristóbal Rovira, Vehrkamp, Robert und Christopher Wratil (2019): Europa hat die Wahl – Populistische Einstellungen und Wahlabsichten bei der Europawahl 2019. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Koppetsch, Cornelia (2019): Gesellschaft des Zorns – Rechtspopulismus im globalen Zeitalter. Bielefeld.

Merkel, Wolfgang (2017): Kosmopolitismus versus Kommunitarismus. Ein neuer Konflikt in der Demokratie, in: Harfst, Philipp et al (Hrsg.): Parties, Governments and Elites. Wiesbaden.

Vehrkamp, Robert und Klaudia Wegschaider (2017): Populäre Wahlen – Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Vi.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung · Carl-Bertelsmann-Straße 256
D-33311 Gütersloh · www.bertelsmann-stiftung.de

Dr. Robert Vehrkamp, Christina Tillmann

Redaktionsassistentin und Anfragen:
gaelle.beckmann@bertelsmann-stiftung.de
Tel. +49 5241 81 81105

Oktober 2019 | ISSN: 2197-5256

EINWURF – Ein Policy Brief der Bertelsmann Stiftung

Der EINWURF ist ein Policy Brief des Programms »Zukunft der Demokratie« der Bertelsmann Stiftung. Er beschäftigt sich mit aktuellen Themen und Herausforderungen einer Demokratie. Schwerpunkte sind Fragen der politischen Teilhabe, der Zukunft von Parteien und Parlamenten, der Nachhaltigkeit demokratischer Politik sowie neue Formen der direkten Demokratie und Bürgerbeteiligung. Der EINWURF erscheint unregelmäßig in 6-8 Ausgaben pro Jahr.